

## Inhalt



Annelie Buntenbach  
(Mitglied des  
Geschäftsführenden  
Bundesvorstandes)

- ✓ Alterssicherung
  - Rentenreform vor dem Aus
  
- ✓ Gesundheitspolitik
  - 8. GWB-Novelle
  - Referenten-Entwurf Präventionsgesetz
  - Krankenversicherung: Reserven schonen – Versicherte entlasten
  
- ✓ Termine

### Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender Maxi Spickermann Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordination Kampagnen Sozialpolitik

## Alterssicherung

### Rentenreform vor dem Aus

Was im Jahr 2011 mit dem Rentendialog und später mit konkreten Gesetzesentwürfen begonnen hat, droht nun im Sande zu verlaufen. Mittlerweile geht selbst Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen nicht mehr davon aus, dass es vor der Bundestagswahl noch eine Rentenreform geben wird. In einem Interview im Tagesspiegel hat sie am letzten Wochenende geäußert, dass sie sich – auch mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat – diesbezüglich nur noch wenig Illusionen mache. In Wahrheit liegt es nicht am Bundesrat, sondern an der Zerstrittenheit der Koalition, dass es keine Rentenreform gibt.

Statt konkrete Maßnahmen gegen Altersarmut umzusetzen, hat sich die Bundesregierung nämlich in koalitionsinternen Machtspielen verheddert. Frau von der Leyen selbst trägt dazu bei, indem sie die verschiedenen Reformvorschläge als Rentenpaket ultimativ miteinander verknüpft hat. Um ihre Zuschuss- bzw. Lebensleistungsrente durchzusetzen, hat sie andere dringend notwendige Verbesserungen in Geiselschaft genommen. Dabei ist gerade bei der Erwerbsminderungsrente und beim Reha-Budget Eile geboten. Die durchschnittliche Rente für voll erwerbsgeminderte Menschen lag im Zugangsjahr 2011 bei gerade noch 634 Euro. Das ist weniger als die durchschnittliche Höhe der Grundsicherung. Und auch die demografiebedingt steigenden Ausgaben für Leistungen der Rehabilitation verursachen massiven Druck auf den Reha-Deckel der Rentenversicherung – die Gefahr der „Rehabewilligung nach Kassenlage“ steigt. Es besteht ein großer Konsens zwischen den Parteien, aber auch zwischen den Sozialpartnern, dass hier etwas passieren muss.

Noch gibt es die Möglichkeit, bei diesen Punkten etwas zu erreichen. Zwar gehen die Vorschläge der Ministerin bei der Erwerbsminderungsrente nicht weit genug – unter anderem müssten die Zurechnungszeiten in einem Schritt (und nicht in Toppelschritten bis 2029) mindestens bis 62 Jahre verlängert werden. Dennoch würde die Regierung damit einen ersten Schritt in die richtige Richtung gehen. Auch der im Referenten-Entwurf des BMAS bereits vorgeschlagene „Demografiefaktor“ bei der Festlegung des Reha-Budgets würde eine Verbesserung darstellen. Es liegt in der Hand der Koalition, in dieser Legislatur noch etwas im Kampf gegen Altersarmut zu erreichen: durch die Einigung wenigstens auf diesen Minimalkonsens.

## Gesundheitspolitik

### Lesetipp:

Schmucker, Rolf:  
Gesundheitspolitik in Zeiten  
der Krise. in:  
Wissenschaftliches Institut  
der AOK (Hrsg.): G+G  
Wissenschaft, Januar 2013,  
13. Jg., S. 7–13.

### Termine:

26./27. April in Berlin:  
GKV-Selbstverwaltertagung  
„GKV-Versicherten-  
vertreterInnen im DGB:  
Gemeinsam für betriebliche  
Gesundheitsförderung“ mit  
Annelie Buntenbach,  
Andreas Schmidt, Dr. Uwe  
Prümel-Philippson u. A.  
Weitere Informationen über:  
maxi.spickermann@dgb.de

11. April in Berlin:  
Mengenentwicklung im  
Krankenhausbereich.  
Analysen und  
Handlungsoptionen im  
internationalen Vergleich;  
BMG und OECD.  
Informationen im Internet  
unter  
<http://www.managing-hospital-volumes.de/>

11.–13. Juni 2013 in Berlin:  
Fachtagung für Betriebs-  
und Personalräte und  
andere Beschäftigten-  
vertretungen: „Psychische  
Belastungen angehen –  
jetzt!“, TBS-Netz. Siehe  
auch: <http://www.tibay-m.de/Seminare>

### 8. GWB-Novelle (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen): Massiver Einsatz des DGB hat zum Verfahrensstopp beigetragen

Bereits während der Beratungen des Gesetzentwurfs im Deutschen Bundestag hatte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund massiv für den Wegfall der Kartellregelungen gegen die gesetzlichen Krankenkassen eingesetzt.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 23.11.2012 den Vermittlungsausschuss angerufen, der sich in seiner Sitzung am 12.12.2012 erstmals mit der Thematik befasst, dann aber die Beratungen vertagt hat.

Vor und nach Weihnachten wurden die Aktivitäten nochmals gesteigert, DGB-Bezirksvorsitzende und Verwaltungsratsvorsitzende der Krankenkassen wandten sich mit Schreiben an die Ministerpräsidenten der Bundesländer. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer schrieb an die Bundeskanzlerin.

Die folgenden Sitzungen des Vermittlungsausschusses am 29.01. und 26.02. 2013 verliefen ergebnislos. Eine vom Vermittlungsausschuss eigens eingesetzte Arbeitsgruppe hat erstmals am 20.02. getagt, und auch am 01.03.2013 wurden die Beratungen ohne Einigung fortgesetzt. Dies ist aus Sicht des DGB positiv zu bewerten, weil damit die Chancen steigen, dass die Anwendung des Kartellrechts auf die Krankenkassen verhindert werden kann.

Hintergrundmaterial des DGB finden Sie unter: <http://www.dgb.de/-/5li> (Quelle: [www.dgb.de/Themen](http://www.dgb.de/Themen) ...)

### Deutliche DGB-Kritik: Referenten-Entwurf Präventionsgesetz des Bundesgesundheitsministeriums

Mit dem am 21.01.2013 veröffentlichten Referenten-Entwurf eines *Gesetzes zur Förderung der Prävention* führt das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) die Präventionsstrategie der Bundesregierung vom 13.12.2012 aus. Ziel des Entwurfes ist es, „mit einer zielgerichteten Ausgestaltung der Leistungen der Krankenkassen zur primären Prävention und zur Früherkennung von Krankheiten die Bevölkerung bei der Entwicklung und dem Ausbau von gesundheitsförderlichen Verhaltensweisen zu unterstützen und damit gesundheitliche

Risiken zu reduzieren.“

Der DGB kritisiert, dass das BMG nicht die Veröffentlichung des 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung abgewartet hat, um regierungsamtliche Zahlen als Datengrundlage für die Bekämpfung der Ungleichheit in der Gesundheit durch Gesundheitsförderung und Prävention zu haben.

Nicht akzeptabel ist außerdem, dass Bund, Länder und Kommunen sich der Finanzierung weiterer Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention entziehen. Damit wird der Beitragszahler – schlussendlich die Versicherten – zum Ausfallbürgen der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben.

Im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) wird eine Verengung auf die Krankenkassen vorgenommen. Notwendig ist eine enge Verknüpfung mit den Aktivitäten und Handlungsmöglichkeiten von Unfallversicherungsträgern, Aufsichtsbehörden und Rentenversicherungsträgern.

Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) muss auf der Grundlage der Erkenntnisse aus der Gefährdungsbeurteilung erfolgen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Programme in den Betrieben durchgeführt werden, die an den Zielen und dem Willen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorbeigehen. Der DGB fordert daher auf, das Mitbestimmungsrecht der betrieblichen Interessenvertretung bei der BGF zu stärken.

Des Weiteren vernachlässigt der Entwurf die Aktivitäten der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie. Die strategische Steuerung der Präventionsaktivitäten bei BGF muss mit den Aktivitäten im Arbeitsschutz koordiniert werden. Dies kann nur durch Einbeziehung beider Sozialpartner erfolgen.

Zusätzlich untergräbt der Gesetzentwurf den Handlungsspielraum der sozialen Selbstverwaltung und unterschätzt die Bedeutung der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen für eine erfolgreiche betriebliche Prävention.

Die Stellungnahme des DGB ist unter diesem Link abrufbar: <http://www.dgb.de/-/tcp> (Quelle: [www.dgb.de/Themen](http://www.dgb.de/Themen) ...). Im Anhang der Newsletter-Mail haben wir außerdem eine Präsentation beigefügt zum Thema „Stellungnahme des DGB/Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Prävention“.

## Krankenversicherung: Reserven schonen – Versicherte entlasten

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Bundesregierung auf, die Reserven der gesetzlichen Krankenversicherungen zu schonen, die Steuerzuschüsse stabil zu halten und Spielräume für Entlastungen der Versicherten zu nutzen.

Mehr Informationen entnehmen Sie bitte unserer Pressemitteilung: <http://www.dgb.de/-/tvS>

Nr. 1 | 2013

## Termine

13.03.2013, Magdeburg

Im Alter IN FORM – gesunde Lebensstile fördern.

**Lesetipp:**

Ebert, Thomas: Soziale  
Gerechtigkeit in der Krise.  
Bundeszentrale für  
politische Bildung,  
Bonn 2012.

Die Fachtagung wird im Rahmen von „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gefördert. Sie richtet sich an haupt- und ehrenamtlich Aktive im Bereich Seniorinnen und Senioren in Kommunen und Vereinen, an Träger von ambulanten und stationären Einrichtungen der Altenpflege, Anbieter von ambulanten Dienstleistungen sowie an Akteure in Sportvereinen.

Nähere Informationen zur Tagung finden Sie auf [www.bagso.de](http://www.bagso.de) unter dem Link „IN FORM“ und weiter zu „Fachtagungen.“ (Anmeldeschluss war am 06. März 2013.)

04.05.2013, Berlin

„Ich bin entscheidend“

Zum Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 05.05.2013 rufen der Berliner Behindertenverband, der SoVD und die Bundesinitiative „Daheim statt Heim“ gemeinsam auf zu einer großen Demonstration und anschließender Kundgebung am 04.05.2013 unter dem Motto „Ich bin entscheidend“.

11 Uhr: Beginn der Demonstration am Bundeskanzleramt (Nähe Hauptbahnhof)

12–14 Uhr: Kundgebung mit Infoständen und Musik am Brandenburger Tor

Kontakt: Bundesinitiative „Daheim statt Heim“, Tel.: 030 20066-972, [info@bi-daheim.de](mailto:info@bi-daheim.de)

---

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse:

<https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>